

Positionspapier **„Herzlich Willkommen in Dresden“**, einstimmig beschlossen bei der Sitzung des SPD-Unterbezirksvorstands Dresden am 3.12.2014:

Kriege und die schwersten Menschenrechtskrisen seit Jahrzehnten zwingen heute fast 17 Millionen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Frauen, Männer und Kinder fliehen vor Tod und Folter. Sie werden verfolgt wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Sexualität, weil sie einer bestimmten sozialen Gruppe angehören oder weil sie politische Überzeugungen vertreten. Sie brauchen dringend Zuflucht in den sicheren Staaten dieser Welt, auch in Deutschland – und damit auch in Sachsen und Dresden. Die SPD Dresden bekennt sich zum Asyl als Menschenrecht.

Wir haben sowohl eine moralische, politische und auch gesetzliche Pflicht Asylsuchenden zu helfen und stellen uns gern dieser Verantwortung. Wir müssen und wollen ihnen eine menschenwürdige Unterbringung in Dresden gewähren, sie in unserer Stadt willkommen heißen und sie in unsere Gesellschaft integrieren. Die zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten in Dresden reichen dabei nicht aus und es müssen neue geschaffen werden. Deswegen unterstützt die SPD Dresden die Bemühungen der Landeshauptstadt Dresden neue Übergangswohnheime und Wohnungen für Asylsuchende zu schaffen und wird der aktuellen Vorlage im Dresdner Stadtrat zustimmen. Eine langwierige Diskussion über alternative Standorte bringt uns dabei nicht weiter. Wir benötigen bereits im Dezember 2014 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten, wenn wir Notunterkünfte in Sporthallen oder ähnlichem vermeiden wollen.

Es gibt Fragen und Ängste in der Dresdner Bevölkerung. Das wahrnehmbare Informationsbedürfnis der Menschen verstehen wir als Auftrag, über die aktuelle Situation zu informieren und in sachlichen Diskussionen mit Fakten aufzuklären. Dazu gehört auch, Behauptungen entgegen zu treten, die offensichtlich falsch sind. Es handelt sich bei den ankommenden Asylsuchenden nicht um Wirtschaftsflüchtlinge, die in die deutschen Sozialsysteme einwandern wollen. Vielmehr mussten sie ihre Heimat unfreiwillig verlassen und vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, um ihr Leben zu retten. Ebenso falsch ist die Argumentation, die Kriminalität im Umfeld von Übergangswohnheimen würde steigen. Die Erfahrungen mit den bestehenden Übergangswohnheimen und alle Polizeistatistiken zeigen, dass kein Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen ist.

Gleichzeitig treten wir auch konsequent allen Versuchen von Pegida und anderen rechten und rechtspopulistischen Gruppierungen entgegen, das Thema für eine ausländerfeindliche Ideologie zu instrumentalisieren. Wer sich mit diesen Gruppen und ihren rassistischen Ansichten gemein macht, verlässt für uns den Boden der sachlichen Diskussion und ist kein ernst zu nehmender Gesprächspartner.

Der Dresdner SPD ist es dabei wichtig, konkrete Hilfe für Asylsuchende zu organisieren. Dazu hat sie einen stadtweiten „Arbeitskreis Migration und Vielfalt“ gegründet, bringt sich in lokalen Initiativen ein und will in Stadtteilen, in denen noch keine Bündnisse existieren, deren Gründung anstoßen. Wir werden die ankommenden Asylsuchenden in Dresden willkommen heißen und ihnen in ihrer schwierigen Situation helfen. Dazu organisieren wir Menschen, die ehrenamtlich helfen wollen, Spenden, Begegnungsangebote, Freizeitaktivitäten und Willkommensfeste für Asylsuchende. Wir werden bestehende Initiativen stärken. Es ist ganz entscheidend mit den Asylsuchenden auf Augenhöhe zu agieren, mit ihnen zusammen zu arbeiten, anstatt ihnen gut Gemeintes und womöglich falsch Verstandenes vorzusetzen.

Der Weg, Dresden zu einer weltoffenen Stadt zu machen, ist noch nicht zu Ende gegangen. Die Dresdner SPD wird diesen weiter beschreiten und nimmt dabei gern alle Menschen mit,

die helfen wollen, Asylsuchende mit offenen Armen in der Stadt aufzunehmen.